

Antrag 226/I/2024**Abt. 12/03 Frohnau (Reinickendorf)****Der Landesparteitag möge beschließen:****Kinder- und Jugendschutz in den Sozialen Medien durch Altersverifizierung gewährleisten**

1 Nach den geltenden rechtlichen Bestimmungen dürfen
2 Minderjährige nur mit Zustimmung der Erziehungsbe-
3 richtigten Zugang zu den Sozialen Medien erhalten; für
4 unter dreizehnjährige ist der Zugang untersagt.
5
6 Zwar fragen die die Betreiber das Alter ab, allerdings gibt
7 es keine Altersverifizierung, sodass faktisch auch Minder-
8 jährige Zugang zu den sozialen Medien erhalten.
9
10 Knapp jeder vierte Jugendliche nutzt laut einer Stu-
11 die soziale Medien wie Messenger- und Videodien-
12 te problematisch viel. Das zeigt eine Untersuchung
13 des Nutzungsverhaltens 2023 der Krankenkasse DAK-
14 Gesundheit und des Universitätsklinikums Hamburg-
15 Eppendorf (UKE). Herangezogen wird dabei die Nutzung
16 sozialer Medien wie Messenger- und Videodienste von 10-
17 bis 17-Jährigen.
18
19 Hochgerechnet haben demnach 1,3 Millionen Kinder und
20 Jugendliche einen riskanten Gebrauch digitaler Medien,
21 das sind dreimal so viele wie im Vor-Corona-Jahr 2019.
22 2022 war der Anteil deutlich auf 22,2 Prozent gesprungen
23 und steigt nun mit 24,5 Prozent weiter an. Als "riskante"
24 Nutzung gilt demnach ein häufiger und langer Gebrauch
25 mit einem erhöhten Risiko für schädliche Folgen für die
26 physische oder psychische Gesundheit. (zit. nach Die Zeit
27 Online vom 27. Februar 2024)
28
29 Etwa 680.000 Kinder und Jugendliche in Deutschland sind
30 einer FORSA-Studie zufolge süchtig nach Computerspie-
31 len und sozialen Medien. Diese Zahl habe sich während
32 der Corona-Pandemie mehr als verdoppelt, heißt es in ei-
33 ner gemeinsamen Untersuchung der Krankenkasse DAK
34 und des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf.
35
36 Der Anteil der Minderjährigen, die Suchtverhalten bei So-
37 cial Media aufweisen, stieg demnach seit dem Jahr 2019
38 von 3,2 auf 6,7 Prozent. Bei der Nutzung von Computer-
39 spielen kletterte die Quote von damals 2,7 Prozent auf 6,3
40 Prozent im vergangenen Jahr
41
42 Daher fordern wir die SPD Mitglieder des Senats von Ber-
43 lin auf, darauf hinzuwirken, dass Berlin eine Bundesrats-
44 initiative startet für mehr Kinder- und Jugendschutz in
45 den Sozialen Medien, in dem die Betreiber verpflichtet
46 werden, eine sichere und geeignete Altersverifizierung
47 bzw. Zustimmungsprozesse der Erziehungsberechtigten
48 durchzuführen.